

SEBASTIAN BREHM

Für Nürnberg in Berlin



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger!

Schlechte Nachrichten für die Bundesregierung zur Wochenmitte aus Karlsruhe. Das Bundesverfassungsgericht verwarf den Zweiten Haushaltsnachtrag 2021 als verfassungswidrig. Nun hat die Ampel ein 60 Milliarden Euro großes Finanzproblem. Woher nehmen, ist die Frage. Die Schlussberatungen des Haushaltsausschusses für den Etat 2024 und die mittelfristige Finanzplanung mussten erst einmal verschoben werden. Und es könnte noch schlimmer kommen. Möglich, dass auch der Scholz'sche Doppel-Wumms von 200 Milliarden Euro eine verfassungsrechtliche Fehlkonstruktion ist. Mehr dazu in diesem Newsletter.

Während also in Sachen Geld die Aufregung groß ist, herrscht in der Migrationsfrage nach der Bund-Länder-Runde im Kanzleramt Stillstand. Mehr Geld für die Kommunen senkt keine Migrationszahlen. CDU und CSU haben der Ampel in dieser Woche mit einem Gesetzentwurf Beine gemacht. Asylbewerber sollen erst nach 36 statt nach 18 Monaten ein Anrecht auf Bürgergeld haben. In den ersten drei Jahren des Aufenthalts gibt es dann nur die entsprechenden Asylbewerberleistungen. Genau das war Teil der

Absprachen in der Bund-Länder-Runde im Kanzleramt, wird aber nicht umgesetzt.

Nach langem Anlauf wurden in dieser Woche nun auch Georgien und Moldau als sichere Herkunftsländer klassifiziert. Asylantragsteller aus diesen Staaten können künftig deutlich schneller bearbeitet werden und bei Ablehnung schneller ausgewiesen werden. Auch hier ging die Initiative von CDU und CSU auf. Die Ampel zog schließlich nach. Der Anteil erfolgreicher Asylanträge ist bei beiden Staaten minimal.

Nach dem Heizungsgesetz hat Rot-Grün-Gelb jetzt auch das Wärmeplanungsgesetz durch den Bundestag gebracht. Es soll Grundlagen für eine flächendeckende, CO2-freie Wärmeversorgung schaffen. Leider wird damit erneut ein inhaltlich und handwerklich schlecht gemachtes Gesetz auf Bürger, Wirtschaft und Kommunen losgelassen.

Für CDU und CSU ist und war es immer wichtig, die arbeitende Mitte der Gesellschaft zu entlasten. Zu unserer neuen Initiative habe ich im Bundestag gesprochen. [Hier geht es zur Rede.](#)

Ich wünsche Ihnen eine schöne Woche und viel Spaß beim Lesen dieses Newsletters.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Sebastian Brehm

Tiefschlag für die Ampelkoalition



Für Bundesregierung und Ampelkoalition war das Haushaltsurteil des Bundesverfassungsgerichts ein offenbar völlig unerwarteter Tiefschlag. Für CDU und CSU, die geklagt hatten - vor allem aber für die Bürger – war es ein voller Erfolg. Das höchste deutsche Gericht befand ohne jede Einschränkung: Der Zweite Nachtragshaushalt 2021 ist verfassungswidrig. Es bestätigte damit, dass die Ampel rechtswidrig eine ungenutzte Kreditermächtigung für 2021 von 60 Milliarden Euro aus dem Corona-Hilfefonds in den Klima- und Transformationsfonds umgebucht hatte.

Noch eines stellte das Gericht klar: Schulden dürfen nicht auf Vorrat verbucht werden. Sie müssen in dem Jahr im Haushalt verbucht werden, in dem sie tatsächlich entstehen. Das ist der zweite Schlag für die Ampel. Denn sie hatte bei dem Nachtragshaushalt gleich noch einen Buchungstrick angewandt, um die Schuldenbremse auszu-tricksen.

Um diese Milliardenschulden nicht in der eigenen Bilanz stehen zu haben, belasteten SPD, Grüne und FDP rückwirkend den Etat der Vorgängerregierung mit der Summe. Gegen diese klare Abgrenzung könnte auch beim Doppel-Wumms

verstoßen worden sein. Trifft das zu, wird es bitter für die Ampel. Dann würde offensichtlich, dass sie tatsächlich fortwährend gegen die Schuldenbremse verstoßen hat und ihre Großprojekte auf dem schwankenden Boden eines riesigen Schuldenbergs zu Lasten der folgenden Generationen steht.

Der Bundeskanzler erklärte am Mittag nach dem Urteil in einer Mischung aus Zerknirschung und Trotz, man werde das jetzt alles genau prüfen. Am Haushalt für 2024 werde sich jedenfalls nichts ändern. Doch dieser Fahrplan war schon am Nachmittag Makulatur. Ausgang Stand Wochenende: offen.

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck kann erst einmal keine neuen Förderzusagen mehr machen. Und der Bundesfinanzminister muss nun den Geld- oder besser Schulden-„Segen“ rückabwickeln.



Sebastian Brehm: „Der Karlsruher Urteil ist ein Sieg für Haushaltswahrheit, Haushaltsklarheit und Transparenz. Die Ampel ist damit gescheitert, sich trotz deutlicher Warnungen auf krummen Wegen Geld zu besorgen. Das Urteil ist zugleich eine unübersehbare Mahnung an die Ampel, endlich eine solide und transparente Haushaltspolitik zu treiben. Sieger sind vor allem auch die Bürgerinnen und Bürger – und unsere Demokratie. Denn Demokratie braucht Transparenz, sonst nimmt sie Schaden. Die Ampelkoalition muss jetzt das tun, wovor sie sich bislang gedrückt hat: Ihre Wünsche auf den Prüfstand stellen und schauen was noch geht und was nicht. Neue Steuern oder neue Schulden darf es nicht geben.“

Arbeitende Mitte stärken

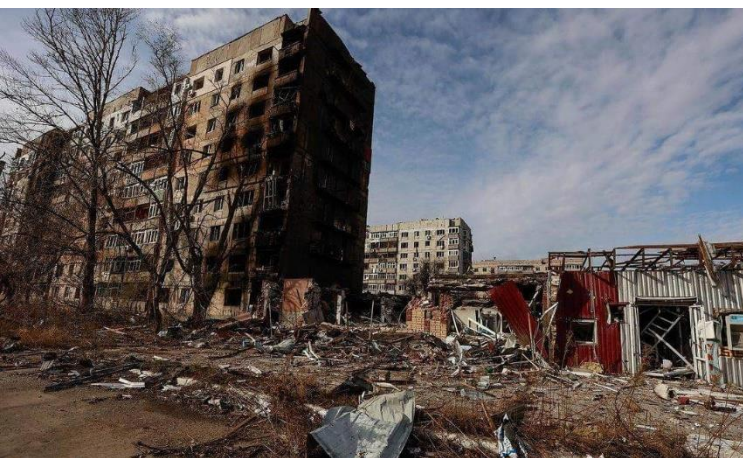
Wer arbeitet, muss mehr haben, als wer nicht arbeitet und staatliche Unterstützung erhält. Dieses Prinzip scheint bei der Ampelkoalition in Vergessenheit geraten zu sein. Deshalb fordern CDU und CSU jetzt, die arbeitende Mitte durch eine Anhebung des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags um zwölf Prozent zu stärken. Auch das Kindergeld muss für 2024 entsprechend angehoben werden. Die bis 2022 bestehende Staffelung des Kindergeldes für kinderreiche Familien ab dem dritten und vierten Kind soll wieder in Kraft gesetzt werden.



Sebastian Brehm: „Die Ampelkoalition vergisst über immer mehr Sozialausgaben die arbeitende Mitte, die mit ihrer Arbeit die Wirtschaft und mit

ihren Steuern den Staat am Laufen hält. Anstatt Bürgergeld zu erhöhen, muss den Familien mehr Netto vom Brutto gelassen werden.“

Mehr Unterstützung für die Ukraine



Die Bundesregierung hat jetzt eine Verdopplung der Ukraine-Hilfe auf acht Milliarden im nächsten Jahr versprochen. Entscheidend ist aber nicht die

Summe. Die Ukraine muss bekommen, was sie braucht, um die russischen Aggressoren aus dem Land zu werfen. Und bei dieser Frage haben sich Bundeskanzler Olaf Scholz und seine Regierung in der Vergangenheit – ob Kampfpanzer, Kampffjets oder Marschflugkörper - als Bremser statt als Führer herausgestellt. CDU und CSU haben drei Anträge mit einem umfassenden Forderungskatalog für eine verlässliche Ukraine-Hilfe in den Bundestag eingebracht.

Die Liste reicht von aktiver diplomatischer Unterstützung über Unterstützung bei der Minenräumung bis zu umfassender militärischer Hilfe. Weitere Eckpunkte: die Sicherung des Agrarsektors und das Zusammenwirken mit Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Kommunen für Hilfe beim Wiederaufbau.

Mit auf der Liste: Die seit Monaten von der Regierung in Kiew dringend erbetene, aber von der Ampel immer wieder verweigerte Lieferung von Taurus-Marschflugkörpern. Die Taurus-Waffen würden es der Ukraine ermöglichen, zentrale verbunkerte russische Befehlsstände und Munitionslager auf der Krim weit hinter der gegenwärtigen Front zu zerstören und damit die russische Kriegsführung erheblich zu schwächen.



Sebastian Brehm: „Der Wiederaufbau der Ukraine muss jetzt begonnen werden. Das gilt vor allem für die Landwirtschaft, die eine große Bedeutung für die weltweite Nahrungsmittelversorgung hat. Deutschland muss deshalb alles Erforderliche tun, was zur Wiederherstellung der vollständigen Integrität und Souveränität der Ukraine führt. Es muss Schluss sein mit der rot-grün-gelben Bremsklotzpolitik. Zusagen dürfen sich nicht -

wie zuletzt bei der Lieferung von Haubitzenmu-

dition - als halbleere Versprechungen erweisen. Die Bundesregierung muss begreifen, dass ein Erfolg der Ukraine bei der Sicherung Wiederherstellung ihrer territorialen Integrität auch ein wichtiger Beitrag zu unserer eigenen nationalen Sicherheit ist.“

Finanzierung von Betreuern sicherstellen

CDU und CSU verlangen eine dauerhaft verlässliche Vergütung für Betreuungsvereine und Betreuer. In einer öffentlichen Anhörung des Bundestages wurde deren prekäre Finanzierungslage deutlich. Während die Kosten in allen Bereichen stark gestiegen sind, gab es seit 2019 keine Erhöhung der Vergütungen mehr.

Eine dauerhafte Lösung aber scheiterte jetzt an Rot-Grün-Gelb. Die Ampelkoalition konnte sich in dieser Woche nur zu einem zeitlich befristeten „Inflationsausgleich“ von 7,50 Euro pro Monat und Fall durchringen. Daneben wurde auf eine Evaluierung vertröstet.



Sebastian Brehm: „Wir brauchen substantielle Verbesserungen für die Betreuer. Jetzt auf eine Evaluierung zu vertrösten ist peinlich. Sie steht schon lange im Gesetz, die Ampel aber hat sie verschlafen.“

Erinnern an die verfolgten Christen weltweit



Weltweit werden 360 Millionen Christen wegen ihres Glaubens verfolgt, misshandelt, gefoltert, eingesperrt. Weit mehr als 5.000 von ihnen wurden in den vergangenen Jahren sogar Jahr für Jahr wegen ihres Glaubens ermordet. Bei der Kundgebung der Evangelischen Allianz an der Straße der Menschenrechte zum Weltweiten Gebetstag für die verfolgten Christen habe ich an ihr Schicksal erinnert, das uns nicht gleichgültig sein kann und darf.

Niemand hat das Recht, Menschen in der Ausübung ihres Glaubens einzuschränken. Glaubens- und Religionsfreiheit sind ein zentrales Menschenrecht - und es ist unteilbar. Es ist der Lackmustext auf die Freiheit. Wo der Mensch in seinem Glauben nicht frei ist, ist er unfrei. Sich für unseren christlichen Glauben und vor allem für die verfolgten Christen einzusetzen, muss wieder sehr viel stärker in den politischen Fokus rücken.

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

030-227-74074 • Fax 030-227-70072

sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.